

**Antrag der Fraktion DIE LINKE.**

**Keine Basta-Politik gegenüber Bremer Schulen und Beiräten – demokratische Partizipation nicht zurückstufen, sondern stärken**

In den letzten Wochen haben Elternschaft und Lehrkörper der Wilhelm-Kaisen-Schule öffentlich dagegen protestiert, dass Vorstellungen zur Zukunft der Schule ohne Einbindung von Elternvertretung, Lehrkörper und Schulleitung kommuniziert wurden. Eltern, Schüler/-innen, Lehrkräfte und Schulleitung sahen sich im Unklaren gelassen über die weitere Zukunft der Schule.

Nachdem es zwischenzeitlich hieß, der Schulbetrieb an der Wilhelm-Kaisen-Schule solle auslaufen, Schulleitung und alle Lehrkräfte hätten sich an einer neu zu gründenden Oberschule neu zu bewerben, wird an diesem Szenario inzwischen nicht mehr festgehalten. Ein eigens eingesetzter Beirat soll nun die weitere Entwicklung der Schule begleiten.

Die Eltern und die Lehrkräfte der Wilhelm-Kaisen-Schule, Mitglieder des Stadtteilbeirates und Elternvertreter/-innen benachbarter Grundschulen haben deutlich gemacht, dass sie sich von diesem Vorgehen brüskiert fühlen. Sie sehen die Gefahr, dass die zeitweise eklatante Unsicherheit über die Zukunft ihrer Schule deren Ruf beschädigt hat und sich negativ auf die Akzeptanz der Schule im Stadtteil auswirken wird.

Auch bei der Neugründung der Neuen Oberschule Gröpelingen fühlten sich zumindest Teile des Kollegiums der dadurch ersetzten Schule herb vor den Kopf gestoßen, als sie ihre jahrelange engagierte und erfolgreiche Arbeit unterbrochen und gefährdet sahen. Auch hier hatte es positive Rückmeldungen für die ursprüngliche Schule vonseiten engagierter Eltern gegeben.

Das Vorgehen der Bildungsbehörde hat auch an anderen Schulen zur Verunsicherung geführt, ob sie bereits Gegenstand entsprechender Planungen sind.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, bei Beratungen, Entscheidungen und Begleitprozessen für gering angewählte Oberschulen von Anfang an die Elternvertretung, die Schüler/-innenvertretung, die Schulkonferenz, die Schulleitung und den Personalrat sowie Stadtteilbeiräte und betroffene Grundschulen mit einzubeziehen und diesen Prozess mit allen Beteiligten gemeinsam zu gestalten.

Jost Beilken,  
Monique Troedel und Fraktion DIE LINKE.